

Antragsteller*innen: Juso-Hochschulgruppe HU Berlin

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

Historische Verantwortung ernstnehmen! - jüdisches Leben an Hochschulen schützen

Die Terrororganisation Hamas begann am jüdischen Feiertag Simchat Tora einen Krieg gegen Israel. Die widerwärtigen Bilder, die uns aus Israel erreicht haben, machen deutlich: Der Grund für den Angriff ist blanker Antisemitismus und Israel hat jedes Recht, sich zu verteidigen!

Oft genug sind wir im universitären Kontext mit antisemitischen Positionen konfrontiert und gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse sehen wir uns in der Pflicht, den Schutz jüdischen Lebens und Solidarität mit den jüdischen Studierenden erneut deutlich einzufordern!

Erinnern heißt handeln! - historische Verantwortung

Gerade uns als Studierende muss klar sein, in welcher historischen Verantwortung wir leben und handeln. So waren es Studierende, die zuerst die Ideologie des Nationalsozialismus verinnerlichteten und verbreiteten. Schon 1931 und damit zwei Jahre vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Deutschen Reichstag wurden Vertreter des NS-Studentenbundes mit absoluter Mehrheit in die Deutsche Studentenschaft, dem Dachverband deutscher Studierendenschaften, gewählt. Es waren Studierende, die zum Kampf gegen den "jüdischen Zersetzunggeist" aufriefen, die aktiv jüdische Kommiliton*innen ausschlossen und die am 10. Mai 1933 auf dem Bebelplatz die Bücherverbrennung organisierten. An den Hochschulen wurde die "wissenschaftliche" Grundlage der NS-Rassenideologie entwickelt, die historischen Kontinuitäten sind vielerorts bis heute nicht aufgearbeitet.

Es ist essentiell, dass sich heutige Studierendenschaften dieser Verantwortung bewusst sind und entsprechend handeln. Unser antifaschistisches Selbstverständnis, das sich aus der Überzeugung ergibt, dass Auschwitz nie wieder sei, verpflichtet uns heute und jederzeit zum Handeln gegen Faschismus, Antisemitismus und Menschenhass.

Vor diesem Hintergrund bekräftigen wir als Studierendenparlament unsere Beschlusslage „Kein Platz für Antisemit*innen im RefRat! - Antisemitismus immer und überall bekämpfen“ vom 29.11.2022 und aktualisieren sie mit Blick auf das aktuelle Geschehen.

Akademische Freiheit schützen? - ja, vor Antisemitismus!

An den Berliner Universitäten wird aktuell ein antisemitisches Dokument unter dem Titel: „Rückforderung der akademischen Freiheit an der Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität zu Berlin / Reclaiming Academic Freedom at the Free University of Berlin and Humboldt University“ verbreitet. Dieses als Petition deklarierte Dokument wirft den Universitäten vor, durch eine Solidarisierung mit Israel die akademische Freiheit einzuschränken. Weiterhin wird gefordert, die international anerkannte Antisemitismus-Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) abzulehnen und

sich mit der Boycott, Divest, Sanctions-Bewegung (BDS) zu solidarisieren. Am 26.10.2023 ist nicht mehr abzurufen, welche und wie viele Personen das Dokument bereits unterzeichnet haben.

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass es sich bei diesem Aufruf um israelfeindliche und antisemitische Narrative handelt.

Die Aussage, HU und FU hätten in der Vergangenheit den akademischen Diskurs im Bezug auf Menschenrechte und Internationales Recht eingeschränkt, wird mit Blick auf die HU durch den Verweis auf einen Vorfall im Jahr 2017 belegt. Damals zeigte die HU Personen an, die eine Veranstaltung der Hochschulgruppe der Deutsch-Israelischen Gesellschaft mit israelischen Politiker*innen und Shoah-Überlebenden mit antiisraelischen und antisemitischen Parolen ("Das Blut des Gaza-Streifens klebt an ihrer Hand" und "Kindermörder") störten. Eine Veranstaltung mit Shoah-Überlebenden durch das Rufen von antisemitischen Parolen zu stören hat nichts mit akademischer Freiheit zu tun, sondern ist eine Unverschämtheit!

Was ist Antisemitismus?

Weiter wird gefordert, die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus abzulehnen. Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) ist eine international anerkannte Organisation, die gegründet wurde für die Erforschung, Aufklärung und Erinnerung an die Shoah. 2016 wurde nach jahrelanger Arbeit im Austausch zwischen Expert*innen und Parlamenten die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus beschlossen. In den letzten Jahren gab es Kontroversen um diese Definition, dennoch ist sie bis heute die anerkannte Definition von Antisemitismus, die auch die Studierendenschaft der HU Berlin nutzt.

Antisemitismus wird definiert, als „eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen“.

Ein Ausspruch gegen diese Definition, zusätzlich mit der Begründung, sie verharmlose „israelische Verbrechen“, ist zu verurteilen! Wer die Politik der israelischen Regierung kritisieren möchte, kann dies auch auf Grundlage der IHRA-Arbeitsdefinition selbstverständlich tun. Wer allerdings den Staat Israel dämonisiert, ihn delegitimiert oder diffamiert, muss einsehen, dass es sich hierbei nicht um legitime Kritik an einer Regierung handelt, sondern um israelbezogenen Antisemitismus, der den einzigen jüdischen Staat und Schutzraum für jüdisches Leben angreift.

Israelbezogener Antisemitismus muss sichtbar gemacht werden und als das verstanden werden, was er ausdrückt, nämlich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden. Diese Äußerungen tarnen sich als Kritik gegenüber Israel, ist aber in Wahrheit purer Antisemitismus.

Keine Solidarität mit BDS!

Prominenteste Vertreterin dieser Form von Antisemitismus ist die BDS-Bewegung ("Boycott, Divest, Sanction"). Diese Bewegung um den Pink-Floyd Gitarristen Roger Waters existiert etwa seit der Anti-Rassismuskonferenz in Durban 2001 und fordert den Boykott Israels auf jeglicher Ebene - sei es wirtschaftlicher, kultureller oder akademischer Art. Beispielsweise werden Künstler*innen, die in Israel auftreten, oder Unternehmen, die mit israelischen Unternehmen Geschäfte abschließen, massiv angefeindet. Auch die israelische Siegerin des Eurovision Song Contests 2018, Netta, wurde nach ihrem Erfolg Ziel von Boykottaufrufen. Dabei ist offensichtlich: Der BDS-Bewegung geht es nicht um einen legitimen Ausdruck von Solidarität mit Palästinenser*innen, sondern um den Ausschluss jüdischen Lebens aus der internationalen Gemeinschaft und Gesellschaft.

Solidarität mit jüdischen Studierenden!

Wir als Hochschule und Studierende stehen hier in einer historischen Verantwortung und sind an dieser Stelle verpflichtet dieser nachzukommen.

Der zunehmende Antisemitismus der sich seit einigen Wochen abbildet erfüllt uns mit großem Schrecken und Besorgnis.

Die Hochschule muss einen sicheren Raum für alle Studierenden darstellen. Genau deshalb ist es unheimlich wichtig, dass wir uns mit jüdischen Studierenden solidarisieren!

Antisemitismus ist ein großes Problem, das wir global und lokal in Deutschland, wie auch Berlin mit Erschrecken beobachten. Mit dem Angriff der Hamas auf Israel wird dieser Antisemitismus sichtbar gemacht. Sei es auf Demonstrationen auf denen antisemitische Parolen gerufen werden und antisemitische Symbole gezeigt werden, oder hier an unseren Hochschulen mit einer Petition, die sich antisemitischer Sprachsymbolik bedient.

Es darf nicht sein, dass hierzulande Straßen und Orte von jüdischen Personen aus Angst vor antisemitischen Übergriffen gemieden werden. Es ist daher umso wichtiger, dass unsere Hochschule ein sicherer Raum für jüdische Studierende ist, an der keine antisemitischen Aussagen Platz finden.

Wir stellen uns daher gegen jeden Antisemitismus und positionieren uns ganz klar für einen bekräftigten Schutz jüdischen Lebens.

In dem offenen Brief „Call for support and protection of jewish and israeli students in european universities“ der European Union of Jewish Students rufen sie die Universitäten dazu auf die körperliche, wie auch mentale Gesundheit der jüdischen und israelischen Studierenden vor antisemitischen Übergriffen dezidiert zu schützen. Dies fordern auch wir von der Humboldt-Universität zu Berlin! Jüdische Studierende müssen während solch schrecklicher Ereignisse besondere Unterstützung erfahren.